

Bremer, Rainer

Die "ökonomischen Institutionen des Kapitalismus" - die bürgerliche Ökonomie auf neuen Abwegen

Pädagogische Korrespondenz (1996) 17, S. 5-26



Quellenangabe/ Reference:

Bremer, Rainer: Die "ökonomischen Institutionen des Kapitalismus" - die bürgerliche Ökonomie auf neuen Abwegen - In: *Pädagogische Korrespondenz* (1996) 17, S. 5-26 - URN: urn:nbn:de:01111-opus-89870 - DOI: 10.25656/01:8987

<https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:01111-opus-89870>

<https://doi.org/10.25656/01:8987>

in Kooperation mit / in cooperation with:



<https://pk.budrich-journals.de>

Nutzungsbedingungen

Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Die Nutzung stellt keine Übertragung des Eigentumsrechts an diesem Dokument dar und gilt vorbehaltlich der folgenden Einschränkungen: Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, veröffentlichen oder anderweitig nutzen. Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use

We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document.
This document is solely intended for your personal, non-commercial use. Use of this document does not include any transfer of property rights and it is conditional to the following limitations: All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Kontakt / Contact:

peDOCS
DIPF | Leibniz-Institut für Bildungsforschung und Bildungsinformation
Informationszentrum (IZ) Bildung
E-Mail: pedocs@dipf.de
Internet: www.pedocs.de

Digitalisiert

ESSAY

5 *Rainer Bremer*

»Die ökonomischen Institutionen des Kapitalismus« – die bürgerliche Ökonomie auf neuen Abwegen

NACHLESE

27 *Michael Tischer*

Bitte recht freundlich

Albert O. Hirschmans Verteidigung des Kapitalismus und der Demokratie

DOKUMENTATION

35 *Max Horkheimer*

Wir sind pleite!

DAS HISTORISCHE LEHRSTÜCK

36 *Karl-Heinz Dammer*

Condorcet

Über einen Klassiker der Pädagogik und die Gründe für seine Unvergänglichkeit

DIDAKTIKUM

52 *Michael Franke/Andreas Gruschka*

Didaktische Bilder als Bilder der Didaktik

AUS DEN MEDIEN I

63 *Oskar Klemmert*

Liebe als Markt

Wie Partnerschaftsträume vermittelt werden

AUS DEN MEDIEN II

77 *Peter Moritz*

Mißlungene Aufklärung

Die doppelte Umkehr eines Konzerns

AUS DEM GESTRÜPP DES INSTITUTIONALISMUS

86 *Rainer Bremer*

Landesspartage

90 **VERMISCHTES**

Rainer Bremer

»Die ökonomischen Institutionen des Kapitalismus« – die bürgerliche Ökonomie auf neuen Abwegen

Die Geschichte ist, nach dem Bilde der letzten ökonomischen Phase, die Geschichte von Monopolen. Nach dem Bilde der manifesten Usurpation, die von den einträchtigen Führern von Kapital und Arbeit heute verübt wird, ist sie die Geschichte von Bandenkämpfen, Gangs und Rackets.¹

I

Die Schulen der bürgerlichen Ökonomie haben Mühe mit dem Verständnis dessen, was »hinter dem Rücken der Subjekte« fortschreitet. Angesichts von kaum rapiden, aber gleichwohl beharrlichen Veränderungen an der Oberfläche kapitalistischer Entwicklung dulden ihre theoretischen Deutungsversuche keinen Stillstand. Im Unterschied zur *Kritik der politischen Ökonomie* Marxens hat die bürgerliche Ökonomie freilich mit einer durchaus eigentümlichen Schwierigkeit zu kämpfen. Da sie nach ihrer auch wissenschaftstheoretischen Ausformulierung längst der Unterscheidung von »Wesen« und »Erscheinung« abgeschworen hat – um sich mit einem denkmöglichen Widerspruch zwischen beiden gar nicht erst abgeben zu müssen –, band sie sich einerseits auf gut Glück an die Phänomene, ohne doch andererseits sich so dumm machen zu wollen, letztlich nur die Oberfläche des unter wissenschaftlicher Beobachtung stehenden wirtschaftlichen Handelns registrieren zu dürfen. Empirische Daten und die sie avisierenden Theoreme weisen in der bürgerlichen Ökonomie einen Zwitterstatus auf: Der Aufschwung, den die die Wirtschaftspolitik beratenden Wirtschaftswissenschaften nahmen, als sie auf die Idee verfielen, *Parameter* des Wirtschaftens einzuführen, um mittels ihrer zu rein quantitativen Analysen der Wirtschaftsnotstandslage zu gelangen, stagniert seit Ende der 70er genau wie die wirtschaftliche Entwicklung selbst – die berühmten Prognosen der »fünf Weisen« zum Niveau zukünftiger Wirtschaftsdaten liegen selten dichter bei der ein Jahr später Realität gewordenen Lage, als es sich durch ein Würfelspiel oder offen okkulte Praktiken erzielen ließe. Schlimmer noch als eine substanzlose Theorie über die Wirtschaft an sich verfehlen quantitative Analysen und Prognosen die Wirklichkeit – sie bleibt ihnen verschlossen, sie behandeln sie wie eine Black box.

Allerdings verstehen die »fünf Weisen« mit Beamtenstatus, ihre Gutachten mit nicht-quantitativen Aussagen und Annahmen zu würzen. Den *Parametern* werden je nach Gusto *Paradigmen* zur Seite gestellt, die die »richtigen« Wirtschaftstheoretiker ihnen liefern. Ein bißchen Theorie gehört schon aus methodologischen Gründen zu

einer Deutung von per Messung erhobenen Daten. Zwangsläufig muß man also durch die schillernde Oberfläche hindurchschielen, die dazu notwendigen Hypothesen verschaffen fundamentale Annahmen, die sich unschwer jenen beiden Paradigmen zurechnen lassen, die in der hiesigen wirtschaftspolitischen Diskussion dominieren. Angesichts stagnierenden Wachstums und wachsender Arbeitslosigkeit melden sich stets die Monetaristen, also die Angebotstheoretiker, und die Keynesianer, also die Protagonisten des »Deficit spending«², zu Wort:

- ▶ Die Unternehmen seien steuerlich zu entlasten, was außer fiskalpolitisch durch Einsparung bei öffentlichen Haushalten zu ermöglichen wäre und vor allem durch Lohnsenkungen. Dann entwickle sich bei steigenden Gewinnaussichten ein günstiges Investitionsklima, das die Nachfrage nach Arbeitskraft und Anlagen anwachsen lasse. Die Empfehlung lautet: Steuern senken, Staatshaushalt einschränken.
- ▶ Die Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen müsse durch staatliche Intervention angeregt werden, damit die Beschäftigung zunimmt. In der Folge würde dieser auf die beschriebene Weise stimulierte Wachstumszyklus zur mindestens teilweise kompensatorischen Refinanzierung der wachstumsauslösenden Staatsausgaben führen. Die Empfehlung lautet: Staatsquote steigern, Steuern erhöhen.

Die ökonomischen Schulen streiten: Angebotstheoretiker verdächtigen die Keynesianer, ein ökonomietheoretisches Perpetuum mobile zu propagieren. Andererseits können sie jene »Wachstumsimpulse«, von staatlichen Investitionen ausgehend, nicht völlig leugnen. Jenseits scholastischer Fragen der Art, wieviel Staatsschulden (in Billionen) auf einer Stecknadel Platz finden bzw. wieviel Nachfrage (in Pfennigstücken) das Angebot einer zusätzlichen Stecknadel am Kurzwarenmarkt schaffen wird, hat der Pragmatismus die wirtschaftspolitisch beratende »Kompetenz« eingeholt. So haben die Monetaristen ihr Dogma abschwächen müssen, demzufolge jedes Angebot seine Nachfrage schaffe. Die monetaristische Quadratur des keynesianischen Kreislaufs von Verschuldung und Refinanzierung ergibt in allen denkbaren Spielarten solche schönen Weisheiten der gutachterlich bestellten deutschen Ökonomieprofessoren wie die, daß die Staatsverschuldung drastisch zu reduzieren sei, um Raum für neue, wachstumsfördernde Impulse zu schaffen, die auf Pump finanziert werden müssen, damit sie nicht allzu lange auf sich warten lassen. Die Forderung nach Schuldenabbau wird – streng logisch und seriös – hierzulande damit begründet, daß endlich wieder Spielraum für investitionswirksame staatliche Schuldenpolitik gewonnen werden müsse.

Die armen Politiker verstehen die Botschaft: Egal was ihr macht, ihr macht es falsch. Dadurch gewinnt die »wirtschaftsberatende Kompetenz« einen Schein von Realismus, ist aber noch keinen Pfifferling wert. Es fragt sich, worin dann die Leistungsfähigkeit bürgerlicher Ökonomie überhaupt liegt.

Methodologisch ist die Frage durch eine zwar auf recht komplizierten Überlegungen beruhende Antwort, aber nichtsdestoweniger knapp zu beantworten: Keine Theorie kann rationaler sein als ihr Gegenstand, ohne kritisch zu werden. Eine Theorie, die Kritik ausschließen will, um dem Verdacht der Normativität zu entgehen, verpflichtet sich auf deskriptive Mittel zum Verständnis ihres Gegenstandes. Dies bindet sie auf Gedeih und Verderb an vorfindliche Rationalität, ja zwingt sie sogar, das Vorfindliche zu rationalisieren, ihm einen höheren Sinn inmitten der Trivialität von Pro-

fit und Verwertung zu unterscheiden. Monetaristen wie Keynesianer mögen im Anblick quantifizierten, »realen« Wirtschaftens dies und nur dies für die Betrachtung methodologisch zulassen, doch können sie nicht anders als »verallgemeinerbare« Prinzipien daraus zu destillieren, die einen den abstrakten Markt, die anderen den idealen Zusammenhang zwischen »Beschäftigung, Zins und Geld«³.

Daß dies dann doch nur wenig weiterführt, hat mit dem schon bezeichneten Zwittercharakter ökonomischer Theoreme bürgerlicher Provenienz zu tun. Die Vernunftlosigkeit der herrschenden Wirtschaftsordnung läßt sich ebenso schwer verstehen wie auf die einfachsten Sachverhalte in ihrem Kern zurückführen. Zwar gilt, daß geldwirtschaftlich formierte, weitgehend dem Wertgesetz enthobene Mehrwertproduktion immer noch an das organische, auf Reproduktion ruhende Grundmuster des auf Tauschwerten basierten Warenverkehrs gebunden bleibt, doch in ihrer hochentwickelten Form eignet ihr zugleich etwas Artefaktisches, eine nur durch die eigene Existenz begründete Logik, die dazu neigt, Gebrauchswerte in nicht enden wollenden marktförmigen Tauschakten bis zum reinen Gebrauchswert des Geldes zu verdampfen. Übrig bleibt eine Schimäre ökonomischen Handelns, das sich jedes Bedürfnisses nach Gebrauchswerten ent schlagen hat und diese nur noch im Geldausdruck betrachtet – damit wären wir sozialpsychologisch alle zu Kapitalisten geworden, obwohl bald niemandem mehr Produktionsmittel gehören. Die Idolatrie des Kapitals hat Marx zwar prophezeit, aber dann doch gehofft, daß die Mehrheit der Menschen diesen Irrsinn rechtzeitig durchschaut.

Der Kapitalismus überdauert zwar organisch im Sinne jener wertgesetzlichen Logik, die Marx zur Prognose seines Untergangs ausformulierte, aber seine Resistenz gegen gesellschaftliche Rationalität und individuelles Interesse an vernünftiger Einrichtung der Gesellschaft läßt durch keine Logik sich begründen außer durch die Paraphrase der ihm eigenen – sich um jeden Preis zu erhalten. Und diese residuale Logik der Selbsterhaltung führt schnurstracks in die Trivialitäten der akademischen Lehrgebäude.

II

Die bürgerliche Gesellschaft mußte schon immer einen Preis für die Aufrechterhaltung der Eigentumsverhältnisse zahlen. Heute scheint er, gemessen an den Potentialen von Technik und Wissenschaft, ungeheuer hoch, wenn auch inmitten des Wohlstands unsichtbar. Anders früher, als die Klassengegensätze – so steht es mittlerweile in den Geschichtsbüchern, formuliert als die »soziale Frage des 19. Jahrhunderts« – das Unrecht der Surplus-Verteilung unübersehbar ausdrückten. Damals schon gab es Ökonomen, deren moralisches Bewußtsein gerade soweit reichte, daß sie vielleicht fürchteten, der Antagonismus zwischen Proletariern und Produktionsmittelbesitzern könnte bis zum sozialen Konflikt sich steigern, während sie ansonsten fleißig der Logik von Akkumulation huldigten, die sich wissenschaftlich der Frage widmeten, wie denn der Reichtum entstanden sein kann, den ein einzelner anhäuft, indem er andere für sich arbeiten läßt. In der moralisch vollends entschärften Fassung lautet diese Frage: Warum tut einer überhaupt etwas? Die Antwort fanden sie unter Absehung des sie umgebenden Elends schnell: »Weil er seinen Nutzen mehren möchte.«

Flugs entstand eine Tradition ökonomischer Theorie, die »subjektive« Ökonomie. Der »homo oeconomicus«, eine das Ganze des ökonomischen Handelns unter bürgerlichen Produktionsverhältnissen individuierende Kategorie, verkommt zu einem punktförmig zusammengezogenen Interesse der Subjekte am maximalen Nutzen ihrer für den Tausch deformierten Lebensmittel.

Der Gipfel der im Kern trivialen bürgerlichen Theorien ökonomischen Handelns ist in der »Grenznutzentheorie« zu betrachten, die das reine ökonomische Kalkül unpsychologisch in ein hypothetisches Gleichgewicht zweier Vertragspartner übersetzt: Jedes Angebot eines Anbieters hat einen Preis, den derjenige mit dem von ihm erwarteten Nutzen abwägt, der ihn zahlen soll. »Grenznutzen« bedeutet zur Seite des Anbieters, daß er im Falle von Verhandlungen, die der Reflektant vielleicht vorschlägt, überlegt, zu welchem Preis er überhaupt sein Angebot noch zu realisieren bereit sein soll. Er wird eine »Grenze« setzen, ebenso wie der, der den Preis zahlen soll. Ihm wird unterstellt, daß er nicht jeden Preis zu entrichten bereit ist, daß er sich also seinerseits überlegt, was ihm das Angebot seines Alter ego wert ist. Auf den Markt angewandt, den auch diese Theorie wie eine Black-box behandelt, besagt der Ausgang von einem alle Tauschakte determinierenden »Grenznutzen« nicht weniger,

als daß alle Preise für alle über den Markt befriedigten Bedürfnisse in dem Sinne gerecht ausgehandelt wurden, daß die Vertragsseiten rational ihren Nutzen in den Grenzen ihrer Interessen zu realisieren trachten.⁴ Dazu brauchen sie eben einen Markt, jenes Phänomen, das die bürgerliche Ökonomie bis heute beschäftigt.

Für eine theorieförmige Beschreibung der Marktphänomene das subjektivistische Rationalitätskalkül des Grenznutzens heranzuziehen, schafft freilich mehr Probleme als dieser Kunstgriff löst. Untergründig bleibt eine Nutzenvorstellung dieser Provenienz immer an ein subjektiv begründetes, zwischen Rationalität und Irrationalität oszillierendes Bedürfnis gefesselt, das zahllose Marktaktivitäten weder empirisch noch theoretisch erschließt. Wenn die Daimler-Benz AG in den 50er Jahren durch Intervention beim Hauptgläubiger der Firma Borgward erreicht, daß deren Kreditlinien gekürzt werden, damit der damals einzige ernsthafte Konkurrent auf dem nationalen Markt in Konkurs zu gehen gezwungen wird, dann steht zwar der »Nutzen« des sich zum Monopolisten mausernden Konzerns fest, nicht aber wird er auf einem ernsthaft so zu nennenden Markt realisiert. In der Sprache der frühen Luhmannschen Systemtheorie ausgedrückt, ging es statt um »Wirtschaft« um »Politik«, nicht um Geld, sondern um Macht, die sich freilich in Geld auszahlen sollte. Die »Grenznutzentheorie« scheitert daran, daß sie den Begriff des »Nutzens« als eine Kategorie ökonomischer Rationalität einführt, dabei aber auf Phänomene stößt, die nicht auf marktförmige Tauschakte zurückgehen. Zuletzt bleibt die tautologische Erkenntnis, daß Nutzen nun einmal Nutzen sei, denn nach der Prämisse dieser Theorie handelt einer nur, um seinen Nutzen zu mehren. Das erhabene Theoriegebäude fußt auf Allerweltsweisheiten.

Das strukturelle Defizit dieser Theorie vermag die »Spieltheorie«⁵ um den Preis auszugleichen, daß ihr tieferreichendes Verstehen marktrationalen Handelns vollends den Sektor ökonomischer Rationalität verläßt. Ihr zufolge bewährt sich in diesem ein Verhalten (»Aktion«), das, vom jeweiligen »Nutzen« der Akteure ausgehend, Strategien ersinnt und verfolgt, denen freilich definitive Grenzen gesetzt sind, was die Ökonomie zum Spezialfall des Spiels degradiert. Die Grenzen von Strategien liegen zum einen in prinzipiell knappen Informationen, zum anderen und vor allem jedoch in einer grundlegenden Paradoxie begründet, in die jeder gerät, der in der Verfolgung seines Nutzens das Verhalten anderer kalkulieren muß. Morgenstern spricht vom Moriarty-Paradoxon: Sherlock Holmes verfolgt einen Verbrecher namens Moriarty. Er weiß, daß dieser mit dem Abendzug von London nach Dover fliehen will. Der sicherste Ort einer Verhaftung wäre dieser Zug. Holmes will Moriarty also stellen, bevor er Dover erreichen kann. Nun fahren aber zwei Züge an diesem Abend nach Dover, an einer Zwischenstation könnte Moriarty aussteigen und einen schnelleren Extrazug nehmen. Dies sieht Holmes voraus und nimmt den Zug, in dem er Moriarty auch vermutet. Der Verfolger hätte diesem ein Schnippchen schlagen können, indem er einfach in dem langsameren Zug weitergefahren wäre. Das hätte Holmes seinerseits einkalkulieren können. Was aber wäre, wenn Moriarty auch diese Absicht Holmes antizipierte und in der Erwartung, Holmes werde im ersten Zug weiterfahren, umsteigen würde? Dies wiederum könnte Holmes veranlassen, auszusteigen, was, ebenfalls von Moriarty antizipiert, diesen zur Weiterfahrt bewegen müßte. Morgenstern schließt daraus, daß bei vollständiger Vorhersagbarkeit Moriarty sich hätte

gleich, schon in London, ergeben können – aber der bürgerliche Ökonom kann sich damit trösten, daß ja noch der »Willkürakt« bleibt, um die Vorausberechenbarkeit zu vereiteln. Schließlich können Holmes und Moriarty die List des anderen zwar unterstellen, aber nicht zu einem zwangsläufigen Ergebnis durchrechnen.

Die Spieltheorie nimmt umstandslos die strukturelle Irrationalität von Handlungen unter Konkurrenzbedingungen⁶ als Gegenstand ihres theoretischen Interesses an, ihre Haltung zum ökonomischen Handeln ist identisch mit der jener Spötter, die triumphierend verkünden: »Planung ersetzt den Zufall durch den Irrtum«, denen demnach der Markt lieber ist als die über Bedürfnisbefriedigung rationalisierte Produktion. Allerdings gilt für die zentrale Pointe der Morgensternschen Theorie, daß nämlich eine Planung auf der Basis vollständiger Information das Ende jeder spieltheoretisch analysierten Aktion oder unmöglich sei, die freilich fatale Einschränkung, daß damit nur strategische Aktionen erfaßt sind: Eine Rationalität, die sich nicht nur im strategischen Kalkül zur Realisierung eines letztlich ephemeren Nutzens erschöpft, wird sich jenseits strategischer Raffinesse um so unzweifelhafter einstellen, je kommensurabler die Nutzeneffekte den Interessen aller Akteure sein werden. Dies betrifft wieder jene objektive Seite ökonomischen Handelns, die bereits der Grenznutzentheorie abhandeln kam.

III

In der Schulenburg haben sich neben Analytikern vom Rang eines Pareto oder Morgenstern auch andere Ökonomen einen Namen gemacht, insofern sie ebenfalls Paradigmen veränderten. Freilich kann sich dabei nicht jeder rühmen, zu dergleichen durch immerhin intellektuell anspruchsvolle Analyse gelangt zu sein. Manchmal reichte es zwar zum neuen Paradigma, aber leider nur durch empirisch angeschmutzte Dogmen. Den Preis für die höhere Evidenz entrichten Theoretiker wie Friedman in der Form, daß sie des logisch-analytischen Glanzes einer »Grenznutzen-« oder »Spieltheorie« ermangeln. Für die radikale Marktlogik mag alles mögliche sprechen, bloß nicht Logik oder Denknöwendigkeit. Dafür sind solche Theorien politischer, sie enervieren an den logisch »reinen« Theoriekonstruktionen ein legitimatorisches, ein nachgerade normatives Potential.

In »Grenznutzen-« und »Spieltheorie« wird zwar nicht ausgesprochen, aber immanent um so klarer, daß die Verfolgung von Nutzen nicht durch Zwang behindert werden darf, und sogar die bloße strategische Rationalität eines Kalküls schließt einen Eingriff durch Macht in der Gestalt von Willkür aus, die strategisches Handeln brutal überflüssig macht. Die »Akteure« müssen insofern immer auch auf einer gemeinsamen Basis stehen, als sie mindestens auf strategische Handlung angewiesen bleiben und nicht etwa eine Strategie durch pure Gewalt ersetzen können: Wer seinen unmittelbaren Nutzen darin betrachtet, innerhalb von 30 Minuten in den Besitz von 50 DM zu kommen, wird spieltheoretisch erst disqualifiziert, wenn er eine alte Dame von hinten erschießt, um ihr die Handtasche mit 50 DM zu rauben, ganz so wie der Schachspieler, der seinem Gegner nach einem K.o.-Schlag den König stiehlt und behauptet, er habe die Partie gewonnen.

Zu den Eigentümlichkeiten der Spieltheorie gehört eben, daß sie nicht Nutzen qualifiziert, geschweige denn moralisch bewertet, sondern eine anonyme Autorität von

Spielregeln privilegiert, bei denen gleichgültig ist, wer sie aufstellt und ihre Einhaltung überwacht. Damit ist sie genauso egalitär wie eine demokratische Gesellschaft in ihrer geldwirtschaftlichen Verfassung, egalitär also im Nutzen, in der Legitimität, sich endlos zu bereichern, nicht egalitär im Resultat, den wider alle gesellschaftliche Rationalität perennierenden Eigentumsverhältnissen, unter denen diejenigen, die den Reichtum produzieren, zugleich am wenigsten vom ihm erhalten. – Der Blick auf die implizit normativen Randbedingungen strategischen Handelns zur Mehrung eines beliebigen eigenen Nutzens fällt, eigentlich einer Theorie des kapitalistischen Marktes fremd und äußerlich, auf den Staat resp. auf dessen Rechtsordnung, Straf- und Zivilrecht gleichermaßen. Und nicht nur das, dieser Blick gerade der Spieltheorie ist von ausnehmender Naivetät, einer Naivetät, die heute nicht einmal mehr der Organisation von Sportwettkämpfen angemessen wäre. Besonders in Amerika, wo die Automobilgesellschaften schon vor Jahrzehnten das Eisenbahnnetz in ihre Hände brachten, um es verfallen zu lassen, damit der Automobilabsatz anwachse, sind Gepflogenheiten von Trusts und Kartellen bekannt, die nur noch wenig mit Competition gemein haben, eher mit Usurpation. Nach Marx sind Konzentration und Zentralisation des Kapitals unvermeidliche Erscheinungen der stets gesteigerten Subsumtion aller Tätigkeiten unters Kapital und nicht zuletzt der Steigerung der Produktivkräfte geschuldet. Die »falschen Brüder« vermehren schließlich nicht sich, sondern ihren Reichtum gemäß den ehernen Verwertungsgesetzen. Daß der Kapitalismus nicht anders kann, hat man in Amerika sehr früh bemerkt und entsprechende Gesetze wie die gegen Trustbildung erlassen.

Unter welchen genauen Umständen die von Marx als Entwicklungsstufen und – prinzipien beschriebenen Effekte einer ins maßlose gesteigerten Akkumulation eintreten würden, hat den genialen Kritiker der politischen Ökonomie wenig beschäftigt, er begnügte sich mit der Formulierung des vom »Gesetzes des tendenziellen Falls der Profitrate« und fügte einige »entgegenwirkende Ursachen« an. Damit beließ er es bei einem Schema des Für und Wider, die prospektive Wirkung der von ihm benannten widersprüchlichen Entwicklungslogik schien ihm angesichts der Gewißheit, daß die fallende Profitrate das System kapitalistischer Verwertung sprengen würde, müßig.

Heute wissen wir es besser. Die empirische Erscheinung von ökonomischer Macht- und Monopolbildung hat nicht wenige das Fürchten gelehrt und unglaubliches Leid wie in den Zeiten der Depression verursacht, von politischen Krisen zu schweigen. Immerhin hat sich drüben die demokratische Verfassung gehalten, eine Verfassung, die die zuständigen bürgerlichen Ökonomen nur als Apparatur zur Einhaltung der Spielregeln wahrnehmen. Sogar ihre Apologeten scheinen keine Ahnung davon haben zu wollen, wie immens wichtig Restriktionen ökonomisch hochpotenter Agenten für die soziale Stabilität ihrer politischen Verfassung geworden sind: Es ist schließlich weder eine Phantasie noch ein Witz, daß aus höchster Not an amerikanischen Börsen Insider-Geschäfte verboten wurden, weil diese die Grundlagen der auf dem Dollar beruhenden Geldwirtschaft hätten zerstören können, was im Zusammenhang mit der schwelenden drittweltweiten »Schuldenkrise« in den letzten 10 Jahren zweimal fast zum währungswirtschaftlichen GAU geführt hätte.

Die Realität kapitalistischer Verwertung entbehrt wegen der starken währungswirtschaftlichen Einflüsse mehr denn je jener Reinheit, die die »neoklassische Theorie«

ursprünglich dem Ganzen ökonomischen Handelns unterstellte, zunehmend nun aber als geschwundene beklagt. In ihrer Tradition sind Theorien entstanden, die die Regulierung durch staatliche oder sonstige verfassungsmäßige Instanzen für einen krisenauslösenden Faktor erklärt haben, nachdem sie gewahr wurden, daß Politik den ökonomieförmigen Gegenstand ihrer Erkenntnis im Wortsinn an den Rand ihrer zum politischen Geschäft ausfransenden theoretischen Bemühungen gedrängt hat. M. Friedman etwa läutete eine Phase objektivistischer makroökonomischer Theorie ein, er konzidierte dem Begriff des »Marktes« einen höheren Rang als dem des Nutzens oder einer Strategie. Ihm zufolge würde eine strikte Monetarisierung aller »Aktionen« jene Probleme effektiv lösen, deren Handhabung in Schutz- und sonstigen Vorschriften mißlinge und zusätzliche schaffe, die die »Bürokratie« wiederum kontrollieren müsse, wodurch deren Kosten und sie selbst weiter wachsen müßten. Die Kritik seiner Forderung, über die Abschaffung aller Steuern staatlichen Einfluß auf die Marktökonomie abzuschaffen, ist hinlänglich bekannt. Er traut dem Markt zu, daß dieser nach egalitärem Muster Macht verteile, statt sie in den Händen weniger zu konzentrieren. So etwas mag für einen Nobelpreis gut sein, taugt aber wenig als Modell der Wirtschaftspolitik. Dies ist wahrscheinlich die einzige sympathische Seite an seiner monetaristischen Theorie: Sie will die Wirtschaftspolitik abschaffen. – Ansonsten richtet sie sich intentional gegen die verdeckte normative Grundlage der analytischen Tradition. Diese kann gar nicht anders, als ihre – sei sie noch so exzessiv subjektivistisch – subjektgebundene Vorstellung von Nutzen oder Strategie, durch die ökonomische Monadologie verschleiert, als zwangsläufig den Widerspruch theoretisch aufzuwerfen, in den Menschen zueinander geraten, eben wenn sie monadologisch ihren Nutzen oder ihre Strategien gegeneinander ausspielen. Die Verlierer sind zwar nicht Thema solcher Theorien, aber gleichwohl greifbar als Produkt eines Handelns, das sich der jeweils empfohlenen Theorien bedient. Solche Apologie hat ihre moralische Grenze an jener empirischen Moral, die noch verhindert, daß gemeinste Strategien in den kulturellen Besitz aller übergehen. Die funktionalistische Wendung ökonomischen Handelns hat den alten, fast ehrwürdig zu nennenden Parameter »Nutzen« durch den des »Marktes« ersetzt. Danach mauert solche Theorie die Verlierer der Marktwirtschaft ein. Ökonomisches Unrecht explodiert theoretisch ins Nichts der Marktideologie, die den Verlierer als nicht marktkonform verhöhnen muß: Wer empirisch ausscheidet, hat das theoretisch verdient. Einen skrupellosen Nutzen kann es gar nicht geben.

IV

Außer Friedman sind Oliver E. Williamson und die von ihm gegründete Schule⁷ im Begriff, aus der Sicht von »Grenznutzen« und »Spieltheorie« unerläßliche Schutzsicherungen der am Markt agierenden Subjekte des Tausches in Frage zu stellen, allerdings von ganz anderer Warte. Er bricht mit dem sonst die bürgerliche Ökonomie kennzeichnenden Dogma der strukturellen Überlegenheit des Marktes über alle anderen denkbaren Organisationsformen von Produktion und Zirkulation. In seinem Hauptwerk »Die ökonomischen Institutionen des Kapitalismus« (Tübingen 1990) exponiert er seinen zentralen Begriff der »Transaktionskosten«:

»Kenneth Arrow definierte Transaktionskosten als »Betriebskosten des Wirtschaftssystems« ... Solche Kosten sind zu unterscheiden von Produktionskosten, jener Kostenkategorie, mit der sich die neoklassische Analyse vornehmlich beschäftigt. Die vielfältigen Erfolge der Physik bei der Ermittlung der Eigenschaften komplexer Systeme unter der Annahme der Reibungslosigkeit brauchen hier kaum erwähnt zu werden ... Während aber Physiker von ihren Laborgeräten und ihrer Umwelt rasch daran erinnert werden, daß Reibung überall auftritt und häufig ausdrücklich zu berücksichtigen ist, zeigten die Ökonomen kein entsprechendes Interesse an den Betriebskosten der Volkswirtschaft. So findet sich auch nicht der leiseste Hinweis auf Transaktionskosten, geschweige denn auf Transaktionskosten als ökonomisches Gegenstück zur Reibung, in Milton Friedmans berühmtem methodologischen Aufsatz ... oder anderen Arbeiten zur positiven Wirtschaftstheorie aus der Nachkriegszeit. Obwohl also die positive Wirtschaftstheorie zugab, daß Reibung im Prinzip wichtig sei, fehlte ihr das Vokabular, um Reibungserscheinungen in der Praxis zu beschreiben« (a. a. O., S. 21).

Bezeichnet man Geschäfte, die durch Kauf und komplementären Verkauf am Markt zustande kommen, als Transaktionen, dann kann man alle Kosten, die zum Zustandekommen dieser Geschäfte notwendig werden, als »Transaktionskosten« bezeichnen. Wer hierbei an den Kauf einer Packung Zigaretten denkt, die sowohl im Angesicht eines Verkäufers als auch ohne einen solchen an einem Automaten gehandelt werden, wird sich zunächst wundern, worum es bei der Theorie gleichen Namens gehen soll. Der Automat oder der Verkaufsladen kann ja nun nicht gemeint sein, solche Kosten sind nicht nur rechnungsmäßig der Volks- wie Betriebswirtschaftslehre geläufig. Auch ist beim Zigarettenkauf nicht recht einzusehen, wie »Reibung« entstehen können soll. Geht man aber nicht von einem Händler, der die Ware auf dem Konsumentenmarkt absetzt, sondern vom Hersteller aus, der in teure Anlagen investieren muß, um überhaupt zu konkurrenzfähigen Preisen Zigaretten produzieren zu können, dann stellt sich die Frage nach dem Absatz und den Kosten seiner Organisation anders: Ehe er Millionen in ein neues Werk investiert, wünscht er sich möglichst Gewißheit über seinen Absatz, bei dem eben der Preis auch einen Ausschlag gibt. Er muß bestimmte Dinge kalkulieren, die bei Williamson (hier nur in einer Auswahl wiedergegeben) folgendermaßen benannt werden:

- ▶ Faktorspezifität: Mit Maschinen zur Zigarettenproduktion kann man nur Zigaretten und keine Staubsauger, tiefgefrorene Pizze, Hustenpastillen oder Lastkraftwagen herstellen.
- ▶ Vertikale Integration: Wer sich eine Zigarettenfabrik zulegt, besitzt ein Produktionspotential von n Zigaretten monatlich. Nach hinten betrachtet (Rückwärtsintegration) hängt sein Geschäft (Absatz über Preisbildung beeinflußt) von der Verfügbarkeit des Tabaks, des Papiers und der Betriebsstoffe ab. So könnte der Zigarettenfabrikbesitzer den Wunsch hegen, selber Tabak anzubauen, um von Zulieferern unabhängig zu werden. Er könnte in der gleichen Logik auch einen Wald kaufen, dazu eine Papierherstellung aufziehen und last but not least ein Kraftwerk bauen, um sicheren und eventuell auch preiswerten Strom zu produzieren. Mit solchen Maßnahmen integriert er seinen Produktionsablauf nach hinten bis zur ersten Stufe. Ebenso stellt sich ihm die Frage, ob er nicht auch den Vertrieb (Vorwärts-

integration) in eigene Regie nehmen sollte. Dabei könnte er einerseits verhindern, daß sein Produkt an der jeweiligen Verkaufsstelle zugleich mit anderen angeboten wird und andererseits den Zwischenhandel ausschalten. Er würde ein vertikales Monopol aufbauen, ein quasinatürliches Markenmonopol, das z. B. auch Daimler-Benz sein eigen nennt: Nur Daimler-Benz baut Mercedes-Autos, BMW etwa baut hauptsächlich BMW und nur Opel und VW bauen auch Mazda und Toyota. Alternativ böte sich ihm sog. Franchising an, dabei müßte er nicht Besitzer aller Verkaufsstellen werden, aber hätte über Verträge trotzdem die Möglichkeit, die Vertriebsagenturen zu zwingen, ausschließlich seine Zigaretten zu verkaufen.

- Effiziente Beherrschungs- und Überwachungssysteme (mit Blick auf die Geschäftswelt, wie sie leibt und lebt, rubriziere ich hierunter auch die sehr wichtigen Vertragsregelungen): Nicht alles, was man in dieser schlechten Welt kauft und bezahlt, entspricht auch dem, was der jeweilige Kontrahent, vornehm Vertragspartner genannt, verspricht oder versprochen hat. Der Zigarettenfabrikant bezieht eine Tabaksorte zum vereinbarten Preis, aber er kann nicht immer sicher sein, daß die gelieferte Ware seinen Spezifikationen entspricht. Also muß er prüfen, was ihm geliefert wird. Er kann auch Verträge mit den Lieferanten machen und diese verklagen, wenn deren Leistungen nicht der Vereinbarung entsprechen. Aber er wird niemals einen Vertrag abschließen können, der jeden denkbaren erlittenen Folgeschaden aus minderer Lieferung abdeckt, solch einen Vertrag würde niemand unterschreiben, weil er nach Williamson vor dem gleichen Problem der Kosten für ein Beherrschungs- und Überwachungssystem steht. Schließlich und endlich bezahlt er Arbeitskräfte, die auch nicht immer das tun, was sie sollen oder können.

Diese Auswahl führt in die Terminologie der Transaktionskostentheorie Williamsons ein, die kaum von der üblichen seines Faches abweicht, gleichwohl aber den Kostenaspekt verdeutlicht, den herauszustellen ihm am Herzen liegt. Unter den gegebenen Bedingungen von Märkten, Konkurrenzverhältnissen und staatlichen Restriktionen verursachen Geschäfte (*Transaktionen*), die mindestens ein von Williamson beschriebenes Merkmal aufweisen, Kosten, die weder technisch noch betriebswirtschaftlich bedingt sind. Manchmal ist der Kostenaspekt evident wie bei »Beherrschungs- und Überwachungssystemen«, manchmal nicht, »Faktorspezifität« läßt sich nur schwer quantifizieren, nicht einmal von der Kapitalseite aus. Seinem eigenen Beispiel, dem eines Kraftwerks, vulgo Energieversorgungsunternehmens, eignet eine extrem hohe Faktorspezifität bei gleichzeitig teurer Technologie. Damit kann man außer Energie umzuwandeln wirklich nichts anfangen.

Nach Friedman wäre eine »Monopolrente« zu unterstellen und in einer Art Beweissicherung herauszurechnen. Berechnet werden müßte dann die Differenz zwischen dem in bezug auf den »eigentlichen«, im Falle eines Monopols hypothetischen Marktpreis und dem tatsächlichen Preis, der nur unter Monopolbedingungen durchgesetzt wird – so die Unterstellung derer, die vom Markt als dem gerechten Allheilmittel schwärmen. Diese Differenz entspräche genau der »Rente«, die der Monopolist sich vom Markt bezahlen läßt, den er beherrscht. Aber dies gelingt nicht einmal in grober Schätzung. Schließlich würde eine Berechnung der »Sozialen Kosten« nach William S. Kapp möglicherweise ergeben, daß die Energiepreise unter den gesell-

schaftlichen Kosten liegen – laienhaft stellt sich dann die Frage, wie eine Monopolrente möglich sein soll, wenn nicht einmal verteilbare Erträge vorliegen. Doch die bilanzmäßig nachgewiesenen Profite könnten auch durch einfachen Diebstahl oder Unterschlagung entstanden sein. Dann besäße die Rede von »Monopolrente« wieder einige Plausibilität, insofern nicht der Markt, sondern kriminelle Energie die Preisbildung beeinflußt hätte.

Monetaristische Monopolkritiker müßten sich hingegen an der gesetzlichen Verpflichtung erfreuen und gleichzeitig an ihr stoßen, die besagt, daß in ursprünglich großtechnisch entworfene Netze jeder den von ihm produzierten Strom zum fixierten Preis einspeisen darf. Stören dürfte sie, daß es dazu staatlicher Eingriffe bedarf – wer soll für das Bundesgesetzblatt bezahlen, in dem die gesetzliche Verpflichtung verkündet wurde, jedem einen Preis zu zahlen, der Strom abgeliefert, wenn keine Steuern mehr erhoben werden dürfen? Hält man an der Behauptung fest, Energiepreise enthielten eine Monopolrente, führt dies aus monetaristischer Sicht dazu, daß diese auf alle Kleinstproduzenten verteilt würde, statt zu verschwinden. Aus Sicht von Williamson betrachtet, gehen die Windkraftwerksbetreiber keine vergleichbare Faktorspezifität mit dem Risiko von Transaktionskosten ein. Zwar können auch sie mit ihren windbetriebenen Strommühlen nichts anderes als Strom herstellen, jedoch folgt wegen der gesetzlichen Preis- und Absatzgarantie daraus eben kein Risiko. Ergo würden sie nach Williamson nicht eine Monopolrente abschaffen, sondern nur die Transaktionskosten der EVU in die Höhe treiben. Bei Williamson gibt es die Monopolrente bis zum gesicherten Beweis des Gegenteils nicht. Immerhin können sich beide Schulen darauf berufen, den Fall zwangsweise subventionierter, eingespeister

Stromlieferungen zu interpretieren. Leider kommt dabei nur heraus, daß beide recht haben, obwohl die eine Erklärung logisch die andere ausschließt.

Natürlich gibt es eine »Monopolrente«, weil es Monopole gibt. Die Sache wird sowohl aus Sicht der Monetaristen als auch der Transaktionskostentheoretiker völlig konfus. Im Beispiel der EVU wird Friedman den Fortbestand der Monopolrenten infolge gesetzlicher, i. e. staatlicher Intervention als Erklärungsproblem los. Es gibt eben noch keinen »freien« Energiemarkt. Williamson wird darauf antworten, daß es keinen geben könnte, da die Faktorspezifität einfach zu hoch ist – um überhaupt Energie liefern und verkaufen zu können, müßten sichere Absatzmärkte vertraglich festgelegt werden. Friedman könnte sich vielleicht auf Maos Programm vom »Großen Sprung« berufen – bei aller Antipathie gegen die »blauen Ameisen« – und fordern, damit endlich ein freier Energiemarkt herrsche, müsse jeder eben selbst Strom produzieren, wie seinerzeit jeder Chinese seinen Hochofen (in der Form eines aus der Eisenzeit bekannt gewordenen beheizten Erdhügels) zum Zwecke der Eisengewinnung sein eigen nennen sollte. Dann hätte man zwar einen freien Energiemarkt, aber keiner mehr Energie, höchstens so viel, wie er selbst erzeugen kann, also brauchte er keine zu tauschen. Außerdem wäre er den ganzen Tag damit beschäftigt, sie zu erzeugen. Also bliebe ihm keine Zeit mehr, sie zu verbrauchen, also bräuchte er weniger Energie, weil er noch sein Gemüse anzubauen hat, also würde die Durchsetzung freier Märkte diese abschaffen – die völlige Subsistenzwirtschaft im Interesse des freien Marktes, an dem jeder das seine billig anbieten muß, liefe darauf hinaus, alles selbst auch zu produzieren. Das wäre das Ende des Marktes. – Eine etwas übertriebene Konsequenz aus der Idee, der Markt werde schon alles regeln. Williamson hat wohl recht, wenn er die Transaktionskosten gegen den Markt anführt. Monopole sind wahrscheinlich keine, wenn man die Geschäftsbedingungen bedenkt. Nur das, was jeder selbst sich verschaffen kann, hat einen offenen Markt; so etwas kann nur in der Subsistenzwirtschaft vorkommen, die leider keinen kennt. Monopolfrei bleibt einzig die Sorge eines jeden um sich selbst, er ist dann das Monopol, das mit seinem Untergang verschwindet. Folglich müßte mit der Arbeitsteilung, in der Menschen das von ihnen Produzierte tauschen, zwar die Gefahr der Monopolbildung anwachsen, gleichzeitig aber auch die Notwendigkeit, sich vor dem Risiko zu schützen, mit seinen Produkten auf denselben sitzen zu bleiben. Der durch Tauschbeziehungen entstehende Markt tendiert dazu, diese Beziehungen zu fesseln; ein Monopol bietet Sicherheit, es ist notwendig, um sie dem zu geben, der sich dem Risiko aussetzt, etwas anzubieten, was er selbst nicht braucht. Monopole schützen die Produktion nach Williamson für den Markt, deshalb sind sie keine, jedenfalls nicht das, wessentwegen Monetaristen sie schelten. Monopole setzen den Markt außer Kraft, sagen die Monetaristen, sie verhindern die im Interesse aller liegende Preisbildung am niedrigsten Gebot, dessen Niveau leider erst dann den unteren Grenzwert erreicht, wenn die Nachfrage danach bei Null gelandet ist – dieser ideale Fall tritt ein, wenn jemand ein Marktstück für 100 DM anbietet. Mehr als eine Mark für eine Mark wird keiner zahlen, der Tausch kommt nicht zustande, von Zahlen kann keine Rede sein. An diesem Nullpunkt des Geschäfts angelangt, würden weder Friedman noch Williamson einen Beweis der Gültigkeit ihrer Theorie antreten wollen. Wo kein Geschäft zustande kommt, sind sie beide unzuständig. Aber wenn eins zustande kommt, haben sie beide immer ein bißchen recht.

Energiemärkte weisen in der Realität stets eine starke Monopolstruktur auf, entweder sind sie, wie im französischen Zentralstaat, einziger Anbieter in staatlichem Besitz, oder, wie hierzulande, zwar nominell Aktiengesellschaften in oligopolistischer Mehrzahl, aber Gebietsmonopolisten, d.h. sie arbeiten faktisch außerhalb der Konkurrenz. In solchen Fällen plädiert Williamson dafür, solche in der »neoklassischen Theorie« als Monopole gescholtenen Strukturen statt dessen aus dem Problem zu verstehen, gegen das ein Energieversorgungsunternehmen mit seiner sehr hohen vertikalen Integration (Eigentum an Kraftwerk, an Infrastruktur wie Leitungen, Trafostationen und Überwachung des Verbrauchs mittels Stromzählern) angesichts des Kapitalrisikos, das aus der absoluten Faktorspezifität resultiert, nur durch die Monopolstellung sich schützen könne.

Williamson bezweifelt diverse »Lehrmeinungen« der bürgerlichen Ökonomie bzw. deren Essentials »Marktfunktion« und »Konkurrenz«. Vorgeblich sollen sie sowohl die Preisbildung als auch die Steigerung von Produktivität garantieren, wobei im Umkehrschluß gelten soll, daß alles, was den Markt und die Konkurrenz beschränkt, das Wachstum von Wohlstand und Reichtum behindern muß. Ihm zufolge sind genau jene staatlichen Eingriffe und Beschränkungen schädlich, die zum Schutze des Kapitalismus vor sich selbst, zugunsten eines Wachstums zwar getroffen wurden, aber ihr Ziel verfehlen müssen, da jenes Wachstum genau der Konzentration und Zentralisation bedarf, um überhaupt sich zu erhalten.

Dieser Satz, eine Forderung an die staatlichen Institutionen, denen des Kapitals als den eigentlich naturwüchsigen den Vorrang zu geben und von »Befriedungsmaßnahmen« zu lassen, findet sich nirgends im Buch, es ist weit von Interventionsversuchen eines Friedman entfernt, der seine Theorie als Wirtschaftspolitik in der Form empfahl, jedwede zu unterlassen. Williamsons Darstellung hinterläßt wegen der strengen Gliederung seines Buches, die auf konvenierte Topoi seiner Disziplin aufbaut und sich deshalb dem Anschein nach weniger nach der Sache als nach der Vollständigkeit von abzuhandelnden »fachlichen« Fragen richtet, beim Leser den Eindruck, der Autor sei in der eigenen Sache unentschieden:

- Die Transaktionskostentheorie analysiert die Logik der Macht- und Monopolbildung unter der Prämisse, jene Phänomene, die im Lichte der »neoklassischen Theorie« im Dunkeln blieben, seien weder von Macht- noch von Monopolge-lüsten induziert, sondern folgten einfach Zwängen, die eben die Transaktionskosten-theorie entdeckt habe: Das, was es an Monopolen und Verstößen gegen Regeln gibt, die allenfalls beim Kauf von Zigaretten sich bewährt haben, gäbe es aus guten Gründen – das hat die ökonomische Theorie nunmehr im jüngsten Fall ihrer notorischen Forschungsbemühungen festgestellt. Der Kapitalismus bringt seine eigenen Institutionen hervor, anderer bedarf es eigentlich nicht. Vor 20 Jahren sprachen die auch so gescholtenen Technokraten von »Sachzwang«.
- Die Transaktionskostentheorie schließt wirtschaftswissenschaftlich eine Lücke zwischen F.D. Roosevelt oder L. Erhardt und M. Friedman, den Neuen Dealern bzw. Sozialmarkt-Wirtschaftern und den Monetaristen. Einen höchst interessanten Aspekt des Gegenstands ökonomischer Bemühungen zur Theoriebildung will Williamson beisteuern, weil die Theorie ihn bislang übersehen hat. Nun lägen damit vollständigere Annahmen über die Wirklichkeit ökonomischen Han-

delns vor, die das Bild vom Ganzen vervollständigten und noch ein bißchen bunter machten.

Eine Variante der zweiten Möglichkeit wäre diese als dritte:

- Die Transaktionskostentheorie in ihrer von Williamson geprägten Gestalt stellt nicht mehr als den Versuch einer um Wirkung in Fachkreisen bemühten Lehrmeinung dar, eine Kostenart zu präsentieren, die bislang andere Hauptströmungen der Nationalökonomie ignorierten. Williamson bringt unter Verzicht auf jede Polemik, die angesichts eines solchen Versäumnisses sicherlich angebracht wäre, gegen seine Widersacher vor, ihre Theorien hätten vergessen, die »Transaktionskosten« zu berücksichtigen. Damit hätte er in nüchternem Ton nicht mehr als einen Sturm im Wasserglas ausgelöst: Die Fachwelt diskutiert, die Welt bleibt, was sie immer war.

Aus der Gruppe respektabler Wirtschaftswissenschaftler, gern zu Nobelpreisempfängern und anderen Anlässen eingeladen, schert Williamson aus, auch wenn er sie freundlich zitiert und kommentiert. Seine Theorie hinterläßt den Eindruck der Unentschiedenheit. Wie in seinem Fach üblich, verbirgt sich hinter dem elaborierten Entwurf wirtschaftswissenschaftlicher Aufklärung über »Transaktionskosten« letztlich nur eine Trivialität: Wenn Menschen in Verfolgung ihrer durch die Konkurrenz korumpierten Interessen *trotzdem*⁸ noch Geschäfte machen wollen, müssen sie sich in acht nehmen. Franzosen pflegen zu sagen: »Il faut se méfier« – Mißtrauen von allen gegen jeden konvergiert mit Lebensklugheit in einer Gesellschaft, die sich von ihrer Herkunft als einer von Wölfen nicht nur noch nicht emanzipiert hat, vielmehr die volle Geltung der Maxime »Bescheiße, aber laß Dich nicht bescheißen!« erst anstrebt. Jeder muß aus Erfahrung Angst davor haben, Opfer unlauterer Geschäfte zu werden, letztlich verstehen lernen, daß andere den Kategorischen Imperativ nicht ihm zuliebe befolgen. Warum bedarf diese basale Erfahrung noch der höheren Weihe der Theorie? Damit Jugendsoziologen statt arbeitslos zu werden, herausfinden dürfen, daß Jugendliche die Botschaft verstanden haben und sich anschicken, die Welt zu beerben, die ihre Mütter ihnen hinterlassen?

Wohl eher, weil mangels anspruchsvollerer Substanz die »subjektive« Ökonomie sich entweder nur mit sich selbst (wie die Väter von »Grenznutzen-« und »Spieltheorie«) oder mit den Gemeinheiten des Alltags beschäftigen darf. Ihre ideologische Zuständigkeit verdanken die den moralisch defizienten Fakten sich verschreibenden Theoretiker schließlich dem Verzicht auf objektiv vernünftige Theorie, die den Widerspruch zur Wirklichkeit riskiert. Sich an diese zu klammern, holt sie ein, von keinen Prinzipien können sie künden außer von denen, die die prinzipienlose Praxis an den Stand der Vorgeschichte fesseln.

V

Den ideologischen Nebelbildungen solcher zur Wissenschaft sich aufwerfenden Ausweidung von Allerweltserkenntnissen entgeht auch Williamson nicht. Statt über die Borniertheit von »Wirtschaftsführern« etwa spricht er lieber von »unvollständiger Rationalität«. Aber er riskiert den Widerspruch zu den Lehrmeinungen, er reagiert auf die Brisanz seines Forschungsgegenstandes. In Reichweite liegt der Gedanke, die

wirklichen »Transaktionskosten« heutzutage (gegen die die »faux frais« der älteren ökonomischen Theorie wohl gänzlich verblasen dürften) als die eigentlichen »Social costs« des in rasende Rotation der Verwertungszyklen geratenen Betriebs zu berechnen, wenigstens abzuschätzen. Williamson liefert eine ökonomische Deutung der Tatsache, daß Prozeßkosten in den USA mittlerweile die Bilanzen von Großunternehmen merklich beeinflussen. Die »Multis« sind ohnehin unbeliebt, sie erwirtschaften einen sagenhaften Reichtum, der alle möglichen Leute verlockt, sich an ihm zu beteiligen. Bei Schiffs- und sonstigen Unglücken, bei einer Öl-Bunker-Plattform, bei Tanker-Havarien geht's ums Geld, bei den einen, um davon etwas abzubekommen, bei den Grünen um eine pädagogisch gemeinte Strafmaßnahme, die an der empfindlichsten Stelle ansetzt, bei den Profiten. »Lernende Unternehmen« kalkulieren das neue gesellschaftliche Risiko ein, ihre Transaktionskosten steigen. Da ja nun auch mehr und mehr ökophile Manager mitreden, dürften diese Kosten schneller steigen als sie ökologischen Zielen nutzen. Dann wird es ökologische Monopolrenten nach dem Vorbild des TÜV geben, der für jeden Blick auf eine Rostlaube Gebühren einnehmen konnte, eine Steuer auf die Tatsache, daß Karosserien korrodieren.

Daß Transaktionskosten immer auch den Makel eines auf subjektiver Vernunft beruhenden Gesellschaftssystems wie eine Stempelmarke tragen, mag bei Williamsons nicht das Interesse an »vollständiger Rationalität« geweckt haben. Immerhin treibt sein Motiv ihn in den Gegensatz zu den Apologeten des Marktes.

Wie schätzen, in immanenter Betrachtung, »Angebotstheoretiker« wie Friedman und »Transaktionskostentheoretiker« wie Williamson einen Schadensersatzprozeß, von einer Frau angestrengt, ein, die in einer Flasche Coca-Cola auf eine halbierte Maus stieß und deshalb Ekel gegen das Getränk verspürte? Zum Fall gehört das Urteil des Richters, der auf eine tiefgreifende Beeinträchtigung der Lebensführung dieser Frau erkannte, da ein Amerikaner Anrecht auf den genußvollen Konsum von Coca-Cola habe. Nach Friedman hat diese Frau monetarisierbare Interessen geltend gemacht. Die Tatsache der Monetarisierbarkeit ist die Doktrin, deshalb die Frage abseitig, ob es vernünftigerweise einen solchen Markt überhaupt geben sollte. Bei Williamson gäben die Kosten den Ausschlag, die dem Unternehmen aus dem Bemühen entstehen, dergleichen ein und für allemal zu vermeiden, und zwar über alle technischen Faktoren hinaus. Der unwahrscheinlichste Fall noch müßte, mit welchem Aufwand auch immer, ausgeschlossen werden können, solange diese Lösung nicht teurer wird als der Schadensersatz. Transaktionskosten entstehen schon beim Handel mit einer Flasche Coca-Cola.

Nun reflektieren Friedman und Williamson auf die gleiche ökonomische Wirklichkeit. Ihre Theorien prätendieren, mit ihr in dem Sinne übereinzustimmen, als sie dieselbe aufschlußreich zu interpretieren vermögen. Es kann angesichts dieses Anspruchs nicht als abwegig gelten, einen Fall aus der Wirklichkeit hypothetisch sich vorzunehmen, um als intellektuell redlicher Leser der beiden Autoren eine Probe auf die Praktikabilität ihrer Theorie zu versuchen. Für alle Handlungsbereiche von Menschen, in denen sie interagieren, gibt es nach Friedman einen Markt bzw. sollte es ihn geben, wenn Aktionen dort auch Kosten verursachen. Um nämlich diese in ihrer Unvermeidlichkeit niedrig zu halten, plädiert er für den Markt. Für alle Geschäfte gilt nach Williamson, daß sie Transaktionskosten verursachen. Für beide

gilt aus ihrer makroökonomischen Sicht, daß es allen einen Nutzen bringt, wenn das Gesamtsystem Kosten einspart.

Ein verurteilter Mörder kann die Kosten seines Verfahrens, einschließlich der Aufwendungen, die seine Verfolgung und Verhaftung erbrachten, nicht zurückzahlen. Bevor er seine Schuld, zu der ja auch noch die Abschreibung für den elektrischen Stuhl, die Gaskammer, die Gebühr für den giftspritzenden Arzt rechnen, verdient hat, ist er schon tot, auch wenn er darauf jahrelang warten muß. Friedmans Vorschlag müßte auf eine Monetarisierung hinauslaufen. Der Delinquent wäre eventuell freizulassen, damit er das Geld verdienen kann, das er dem Staat für die Prozedur der Hinrichtung schuldet – der Verursacher hat dafür aufzukommen, jedenfalls dürfte keine Steuer erhoben werden, die die Kosten sozialisiert. Eine im Sinne des generalpräventiv handelnden Gewaltmonopolisten namens Staat bessere Lösung wäre die, den Delinquenten unter Bewachung, die er natürlich selbst bestreiten muß, in eine gehobene Position zu hieven, die auf einen Kompromiß zwischen Einkommen und verbleibender Lebenszeit zurückgeht – zu lange sollte der mit dem Tode Bestrafte doch nicht am Leben bleiben, weil dies der Abschreckung abträglich wäre. Je höher das Einkommen, desto kürzer die Frist bis zur Hinrichtung. Unvermeidlich wird der Todeskandidat mit noch gesundem Menschenverstand und nach Einsicht Morgensterns diesen Zusammenhang durchschauen. Er wird schlechte Arbeit leisten, um sein Leben zu verlängern und darauf hoffen, daß er wegen der »Beherrschungs- und Überwachungskosten«, die Williamson Kopfschmerzen bereiten müßten, die Schuld bis zum von der Gegenseite kalkulierten Ende nicht wird abtragen können.

Dies müßte zu einem Konflikt, zum kritischen Vertragsfall zwischen den Beteiligten führen, der Delinquent würde versuchen, die notwendige Arbeitszeit auf seine Lebenserwartung auszudehnen, die Behörden, die über seine kostendeckende Hinrichtung zu wachen haben, darauf drängen, daß keine Zeit verloren geht, sein Einkommen müßte also ausreichen, während dieser alles daran setzen würde, seine gut bezahlte Position wieder durch Untätigkeit, Versagen zu verlieren. Damit stehen sich nach Williamson zwei Verhandlungspartner gegenüber, die einen gewissen Aufwand zu treiben haben, um ihre strategischen Ziele zu erreichen. Im Falle des zum Tode verurteilten Mörders würde die Justiz ihn kurzerhand umbringen wollen, der Steuerzahler käme für die Kosten auf. Das wäre Williamson durchaus recht, da Transaktionskosten eingespart worden wären. Die ohnehin anfallenden Kosten ließen sich nicht durch Verträge mit demjenigen vermeiden, dessen Interesse darin besteht, den Zeitpunkt hinauszuzögern, den eintreffen zu lassen die andere Seite in ihrem Interesse zu liegen betrachtet. Der kurze Prozeß spart allemal Transaktionskosten, zumal der Delinquent hinterher kaum Anwälte wird anrufen können. Die haben vorher daran verdient, sie werden sich in die fiktiven, moralisch unhaltbaren Zustände eines monetarisierten Vollzugs von kapitalen Strafen ebenso fügen wie der Delinquent, dem das Gericht unterstellt hat, daß er hätte wissen müssen, was ihm für seine Untat blüht. Das steht ja in den Gesetzen, die Mindest- und Höchststrafen vorschreiben. Die praktische Lösung eines Spiels mit den Gedanken, die Friedman kommen könnten, wenn er monetaristisch die Sozialkosten des Strafvollzugs tilgen sollte, wird wohl demnächst in Amerika darauf hinauslaufen, daß die Bundesstaaten Übertragungsrechte an Exekutionen verkaufen. Oder: Friedman und die Allgemeinheit,

so sie sich denn des Marktgeschehens erfreut, haben das Nachsehen. Die Transaktionskosten lassen sich durch einen kurzen Prozeß einsparen, der allerdings nach dem üblichen Verfahren aus Steuermitteln bezahlt werden müßte. Friedman könnte nur noch den Vorschlag machen, am Arbeitsmarkt nach einem Henker zu sehen, der bereit wäre, unentgeltlich dem Delinquenten den Garaus zu machen. Das wäre dann der Ausgleich zwischen Transaktionskosten- und Angebotstheorie: Aus jener stammt die Einsicht, daß solche Kosten, einmal identifiziert, sich einsparen lassen, aus dieser die Idee, einen Markt zu unterstellen, auf dem sich die billigste Leistung schon wird finden lassen.

VI

Die extrapolierten Beispiele deuten auf den theoretischen Abgrund zwischen Friedman und Williamson hin.⁹ Die von diesem immer wieder reklamierte Beachtung der ökonomisch legitimen Interessen an Einsparung von Transaktionskosten hebelt – und das ist seine wissenschaftliche Botschaft – die von der Gegenseite der Monetaristen als Allheilmittel gepriesenen Marktgesetze aus: Friedman will, daß jeder alleine und unmittelbar für die durch ihn resp. seine Bedürfnisse entstehenden Kosten aufzukommen hat. Deren Befriedigung kann er sich nur auf dem Markt vorstellen, mithin muß er jede Art von Sozialisierung von Risiken unter Strafe stellen. Deshalb hat er zum staatlichen Schutz ein zwiespältiges Verhältnis: Einerseits müßten ihm z.B. Anti-Trust-Gesetze willkommen sein, die Märkte vielen und nicht nur wenigen oder gar einem einzigen Anbieter offen halten sollen, andererseits ist die Schutzfunktion einer solchen Gesetzgebung ohne ihrerseits den Marktbeziehungen entthobene Institutionen nicht zu haben. Im Zweifel tritt er gegen Institutionen an, denn der Markt als solcher sei in der Lage, die Zugänge zu ihm offen zu halten.

Williamsons Institutionenlehre besagt, daß die zahlreichen Beispiele der Ausschaltung von Märkten durch vertikale Integration und langfristige, enge, alle Eventualitäten regelnde Verträge mit hohem juristischen Aufwand ökonomisch reinen Marktrelationen bei der Preisbildung dadurch überlegen sein können, daß sie Transaktionskosten einsparen. Nicht der ubiquitäre Markt senkt im Prinzip die Preise im Interesse einer gesamtgesellschaftlichen Produktivitätssteigerung, sondern die Unterbindung eines Marktes mit zahlreichen, offenen Zugängen. Friedman hat »Nutzen« und »Strategien« nur mittelbar im Blick, ihre Rolle sieht er auf Märkten reguliert, im ganzen womöglich neutralisiert. Williamson kritisiert stattdessen implizit staatliche Beschränkungen bei der Bildung äußerlich monopolistischer Organisationen bis hin zum Lob ihrer verdeckten Praxis, Transplants zu gründen und Anbieter wie Abnehmer möglichst über Verträge an sich zu binden.

Friedman wirkt neben dem Theoretiker der Transaktionskosten wie ein Phantast gegen einen Realisten. Beide sind zugleich Kritiker kurrenter Wirtschaftspolitik, beide scheinbar Apologeten der »Deregulation«. Doch Friedman verherrlicht nur ein Dogma, für dessen salvierende Kraft sich empirische Belege bestenfalls in der gleichen Zahl wie der von nicht minder überzeugenden Gegenbeispielen aufbieten ließen. Williamson argumentiert vorweg als Skeptiker von Dogmen, seine Kritik gilt staatlichen Maßnahmen zur Sicherung von »Märkten« mit dem Argument, der Kapi-

talismus hätte statt dessen kostengünstigere Institutionen hervorgebracht – laßt ihm also seinen Lauf.

Die linke Kapitalismuskritik hat auf Friedman noch reagiert bis hin zum Abscheu, den die geballte sozialdemokratische Wirtschaftsintelligenz aufbrachte: Einen unbeschränkten Markt für Kranken- und Rentenversicherung, für Bildung und Verteidigung zu fordern, kann nicht nach ihrem Geschmack sein. Aber die Geldwirtschaft, gegen die man sonst eigentlich schon lange nichts mehr hat, steht zu Friedmans Thesen in keinem Widerspruch, nur dem erscheinen dessen Folgerungen unerträglich, der als Berufspolitiker, per definitionem Etatist, sich staatlicher, im Ursprung feudaler Funktionen bemächtigt hat und unter Kapitalisten als armes Würstchen, als Besitzloser dasteht. Er erspürt die Konsequenzen einer rigorosen Marktökonomie, mit publizistischem Rückenwind kann er seine moralische Verurteilung derselben als Konsens aller Vernunftgebabten ausgeben.

Williamsons nicht weniger anti-etatistisches Werk verleiht dem zeitgenössischen organisierten Kapitalismus sowohl die von seiten der Ökonomie stets zu erwartenden Weihen als er ihm auch einen wunden Punkt attestiert, dem die volle Aufmerksamkeit der linken Kritik wahrlich gebührte. Bei Williamson geht es um Kosten, die die »subjektive« Ökonomie in dem Maße verursacht, in dem die wertgesetzliche Bindung der gesellschaftlichen Produktion in direkter Proportion zum Potential der technischen-wissenschaftlich ermöglichten Einsparung von Arbeit nachläßt. Die »Geschäftemacherei« gerät in immer größeren Gegensatz zur Rationalität der Bedürfnisbefriedigung, die »faux frais« drohen, Unsummen zu verschlingen. Hingewiesen sei auf das heute vielleicht dramatischste Beispiel für den Irrsinn von »Standortsicherung« durch Sozialisierung von Verlusten und öffentlich garantierter Privatisierung von Gewinnen: Marode Unternehmen erhalten von hochverschuldeten staatlichen Agenturen Mittel, die in dem am Markt zu scheitern drohenden Unternehmen Arbeitsplätze erhalten sollen. In der Folge wird das Unternehmen saniert, d. h. Arbeitsplätze fallen dort weg. Profite werden also gesichert, nicht Beschäftigung. Der Umfang dieser Transaktionskosten (und es sind solche aus makroökonomischer Sicht, da in ihnen der Preis für die Erhaltung der auf Profit zielenden Produktionsverhältnisse sich ausdrückt) spottet jeder Schätzung, da mittlerweile ja schon die Löhne Ergebnis politischer Verhandlung wurden.

Sich um die Kategorie der Transaktionskosten zu kümmern, widerstrebt dem objektivistischen Denkstil der Ökomekritiker, die sich auf Marx berufen. »Faux frais« scheinen Epiphänomene einer auf erweiterte Subsumtion, ökonomische und technische Rationalisierung zutreibenden Produktionsweise. Aber wenn die »Vermehrung des Werts« sich gegenüber dem Faktor »variables Kapital« verselbständigt, entleitet dem ökonomischen Materialismus die objektive Basis.

Das ist den Ökomekritikern nicht völlig entgangen. Sie haben bei allem Objektivismus gleichwohl ihre Perspektive gewechselt, sie haben die Richtung ihrer Kritik zum Politischen geändert, sich auf die »subjektive« Ökonomie derart eingeschossen, daß ihnen der reale Kern und gesellschaftliche Anlaß zur Fortentwicklung jener Theorien entgeht, denen sie nach ihrer Grundüberzeugung opponieren. Wenn Williamson von linker Kritik verschont bleibt, dann wohl, weil er weder evident moralisch anstößt noch sich anheischig macht, wie Friedman in einem Land wie Chile die

Junta zu beraten, die ihm ein billiges Experimentierfeld zur Verfügung stellt. Williamsons Analysen hingegen haben keine greifbare politische Relevanz, nur theoretische. Er zieht sich akademisch auf das Feld zurück, das Friedman im Übereifer verließ. Dessen theoretisch elaborierte Angriffe auf Monopolstrukturen (zu denen er den Staat hinzurechnet) sind nicht weniger unpraktisch als Williamsons Plädoyer für mehr (staatliche) Toleranz gegenüber denselben. Das Urteil der Lehrmeinungen bleibt faktisch unerheblich. Sie haben eben keine Macht außer der, die zu verwirren, die ihrer Autorität Glauben schenken.

Trotzdem stellen sie ein Ärgernis dar, sie verhandeln nüchtern Sachverhalte, denen kritische Theorie in immanenter Betrachtung jenen moralischen Maßstab entnehmen kann, dem sie methodologisch abgeschworen haben. Umso skandalöser stellt sich ihre Ignoranz dar. Aus dem nämlichen Grund hat Marx sich die ganze bürgerliche Ökonomie einmal zur Brust genommen. Williamson liest sich abschnittsweise wie ein Kommentar zum »Kapital, Dritter Band«, in dem es um den »tendenziellen Fall der Profitrate« geht. Die dort unter »entgegenwirkende Ursachen« verzeichneten Phänomene führt Marx auf die Verwertungslogik des Kapitals zurück, die ihm zufolge nur durch die grundlegende Paradoxie in finaler Auflösung derselben gebrochen werden können, wenn nämlich die »organische Zusammensetzung« des Kapitals im Zuge der Produktivkraftsteigerung endgültig das v auf Null gebracht hat. Dann ist Verwertung logisch und physisch nicht mehr möglich, bis dahin aber zählen die der finalen Krise »entgegenwirkenden Ursachen«. Williamson hat sie getreu beschrieben, allerdings in der Absicht, für den Monopolismus um Verständnis zu werben, nicht um darüber aufzuklären, daß er wegen der Rationalisierungseffekte, die von Transaktionskosteneinsparungen ausgehen, einer Abschaffung insofern nähergekommen ist, als die erreichbare Vernunft von Kosteneinsparungen mittels Ausschaltung von Konkurrenz, zugunsten der Verständigung über legitime Interessen, in solidarischen Vereinbarungen über die Zukunft von Produktion (Arbeit) und Konsumtion (Leben) aufscheint. Williamson beschreibt die kostenmäßige Reduktion dessen, was Marx als die »faux frais« der Produktion bezeichnet hat. Wie groß müssen daher Transaktionskosten angewachsen sein, wenn diese in der »subjektiven« Ökonomie ein neues Paradigma abgeben?

VII

In einer Zeit, in der es nicht nur zum »guten« gesellschaftlichen Ton, sondern sogar zu dem der Gesellschaftskritik gehört, einzuräumen, der Kapitalismus habe sich gegen die konkurrierenden ökonomischen Systeme als das überlegene durchgesetzt, haben die »fortschrittlichen« gesellschaftlichen Kräfte es anscheinend völlig aufgegeben, den Kapitalismus noch zu verstehen. Mag sein, daß die an den blamabel zusammengebrochenen Blocksozialismus heimlich doch immer gehefteten Hoffnungen ihrerseits preisgegeben werden mußten, mit der Folge, daß die Kraft gerade noch reichte – sozusagen aus Fairneß –, jene Konzession zu machen, die mit dem Verschwinden von »Sättigungsbeilagen«, des »antifaschistischen Schutzwalls« und sonstiger »Errungenschaften der Werktätigen« fällig wurde – zu mehr rafft sich die grün, damit anscheinend wieder gesellschaftstheoretisch unreif gewordene Linke nicht auf.

Ernsthafte und gleichzeitig politisch zugkräftige Reflexionen über das solitäre System kapitalistischer Verwertung anzustellen, ist sie unfähig. Die vorgeblich theoretisch überzeugte Kapitalismuskritik von gestern ist den Köpfen entwichen, wohl auch, weil sie dort niemals wirklich heimisch war. Denn anders wäre nicht zu erklären, daß sie ähnlich überrascht von den »umwälzenden Ereignissen« um 1989 sich zeigten wie der Bundeskanzler. Der freilich sah im Fall der Mauer, auf den der gesamte, höchst kostspielige konspirative Beamtenapparat von Verfassungsschutz und BND nicht den geringsten Hinweis erhalten haben will, sein Vorurteil gegen solche Behörden bestätigt.

Ironisch bietet der Fall des völligen Versagens deutscher Beamter mit Spionageauftrag einen Anlaß zum Schulenstreit zwischen Friedman und Williamson. Nach Friedman wäre das ganze kaltkriegerische Nachrichtengeschäft an echten Preisen gescheitert, da es, nach Marktgesetzen geregelt, zur Offenbarung aller Geheimnisse hätte führen müssen. Ist ein Markt dafür erst einmal durch Angebote eröffnet, führt er zum Verfall der Preise, bis keiner mehr Ware – Geheimnisse – anbietet. Auf dem Rest an diesen bleiben nicht die höchsten Geheimnisträger sitzen, weil sie die wichtigsten Geheimnisse zuerst, also zum höchsten Preis einheimsen wollen. Sie versuchen zu verkaufen, wenn das Interesse noch groß ist. Passiert das Gegenteil, eine Inflation von Geheimnissen, weil jeder vom Preis angelockt wird, den die Gegenseite bietet, dann warten die wirklichen Geheimnisträger ab und sehen mitleidig zu, wie mediokre Besitzer von Staatsgeheimnissen, wie über die optimale Wartung des Trabi-Wassersacks, ihr Wissen zum Verkauf anbieten. Sie können mit Wichtigerem aufwarten als dem Wassersackpflegetip. Trotzdem müßten sie hin- und hergerissen sein zwischen der Bewahrung ihres Schatzes zum Zwecke seines Verkaufs zum höchsten Preis und der Angst, den rechten Zeitpunkt zu verpassen. Unter den zahlreichen Geheimnisträgern kann sich keiner sicher sein, ob nicht andere den rechten Zeitpunkt erwischen, während er selbst noch wartet, um zum höchsten Preis seine Ware zu verhökern. Also müßten auch die höchsten Geheimnisträger eher mit der Zeit als gegen sie bieten. Eine wunderbar idiotische Vorstellung, daß das Verschwinden politischer Gegensätze auf Marktbasis weitergehen könnte.

Im hypothetisch angenommenen Streit über die ökonomisch korrekte Interpretation der deutschen Wiedervereinigung stünde Williamson nicht schlecht dar. Sie zu verhindern, hat einen gigantischen Aufwand notwendig gemacht. Die Geheimnisträger mußten auf beiden Seiten überwacht werden, weil die Gegenseite prinzipiell hätte bereit sein können, ihnen etwas abzukaufen, was sie ohnehin besaßen, leider ohne dafür extra bezahlt zu werden. Ein bißchen mehr aufs Konto hätte sie womöglich dazu verführt, ihr Geheimnis auszulaudern. Wer möchte schon nicht mehr als weniger haben, nicht lieber reich und gesund als arm und krank sein? Die »Systemkonkurrenz« hat ziemlich viel Transaktionskosten verursacht, dafür hat sich aber der BND ganz gut gehalten, obwohl er überflüssig war, er konnte nicht mal den Untergang des Systems ankündigen, dem er opponierte. Wahrscheinlich weil er nicht die geringste Ahnung davon hatte – obwohl gerade er, mitten im Geschäft von Spionage und gegen sie, merkte, daß man drüben die Spione billiger kriegte als die Machthaber dort solche, die gegen West-Währung entlohnt werden mußten. Soziologisch betrachtet, waren die BND-Leute doof, weil sie Geld hatten, aber es für Spione in der DDR

nicht ausgeben konnten, und die vom MfS schlau, weil sie Spione bekamen, die sie eigentlich unter Wert bezahlten. Die Transaktionskosten der Doppelstaatlichkeit hat die DDR nicht zur Hälfte getragen, gewiß hätte sie sich aber nicht entblödet, dies propagandistisch sofort zu reklamieren.

Friedman könnte angesichts der gigantisch zu nennenden Transaktionskosten mit unabweisbarer Immanenz empfehlen, den Markt für Informationen zu öffnen. Dann hätte man die DDR samt ihrer Geheimnisse kaufen können, es wäre sicherlich reibungsloser abgelaufen und billiger geworden, als jetzt für sie zu bezahlen.

Was hatte nun, neben Friedman und Williamson, die Linke zum Verfall der Ostblockstaaten inmitten der »Systemkonkurrenz« zu sagen? Sie hätte schon lange vorher, schon ab 1970 erkennen können, daß es mit dem Sozialismus jenseits des Eisernen Vorhangs bergab, nicht hinauf ging. Dazu hätte es nicht einmal ökonomischen Sachverstands bedurft, die diktatorischen Verhältnisse drüben sprachen unüberhörbar von den Schwierigkeiten der Herrschenden, das Volk unter eine Kontrolle zu bringen, die gewiß überflüssig gewesen wäre, wenn es ihm nicht so schlecht gegangen wäre.

Daß aus der gerechten Verteilung des Mangels nicht das Reich der Freiheit würde erwachsen können, hat schon Marx gegen utopische Sozialisten eingewandt. Erst

recht ökonomischer Verstand, der sich nicht nur auf die östliche notorische Mangelwirtschaft konzentriert hätte, wäre in der Lage gewesen, von aus den geldwirtschaftlichen Verflechtungen zwischen Ost- und Westblöcken auf die Verfassung der kapitalistischen Ökonomie zu schließen, deren Überlegenheit phänomenologisch schon aus dem höheren Grad technologischer Entwicklung sich ergab: Die horrenden Kredite, die die westlichen Staaten den östlichen andrehten, wurden mit minderen, rückständigen Produkten heimgezahlt. Faktisch war der Ostblock die »Dritte Welt«, jedenfalls wurde er als Handelspartner so behandelt – die Zweite ist ökonomisch lange vor Gorbatschow und dem Mauerfall verschwunden, die Geldwirtschaft hat sie eliminiert, um an die billigen Arbeitskräfte zu politischen Preisen heranzukommen, die drüben auszubeuten kein Machthaber sich scheute.

Die politisch-ökonomische Kapitalismuskritik scheint an die Koexistenz zweier Systeme gefesselt gewesen zu sein, und nun, da es nur noch den Kapitalismus gibt, ist, man will es schon logisch nicht akzeptieren, jene Kritik am Ende. Die Linke hat heute weder politischen Boden noch einen theoretischen Gegenstand, dessen Beherrschung sie ermächtigte, jenen wiederzugewinnen: Darauf darf man wohl schließen, wenn Anlässe und Perspektiven der Kritik ernsthaft nur noch die Apologeten des Kapitalismus selbst liefern.

Anmerkungen

- 1 Theodor W. Adorno, Reflexionen zur Klassentheorie, Hannover 1976, S.17.
- 2 Damit ist gemeint, daß sich über Schulden finanzierte investive, ja sogar konsumtive Staatsausgaben in einer »Marktwirtschaft« über fiskalische Mechanismen wieder teilweise oder sogar ganz – je nach Spielart der ursprünglichen Idee von Keynes – refinanzieren.
- 3 So lauten die drei Hauptkategorien im Keyneschen Werk.
- 4 Diese Skizze der Grenznutzen Theorie vernachlässigt aus Gründen, die dem Textzusammenhang geschuldet sind, das eigentliche Theorem dieser Lehre, daß nämlich der subjektive Wert einer Ware in dem Maße abnimmt, in dem sie das Bedürfnis befriedigt. Die Wirkung der Grenznutzen Theorie folgte jedoch eher aus der an Evidenz grenzenden Plausibilität des subjektivistischen Ansatzes als aus der gedankenakrobatischen Mathematisierung von schwindenden Teilnutzen zum Grenznutzen vor dem Hintergrund realer Bedürfnisse.
- 5 Oskar Morgenstern, Spieltheorie und Wirtschaftswissenschaft, Wien 1963. Vgl. kritisch dazu Helmut Arnaszus, Spieltheorie und Nutzenbegriff aus marxistischer Sicht, Frankfurt 1974.
- 6 Im Sinne eines »Nullsummenspiels« zeichnet »Konkurrenzbedingungen« aus, daß der Vorteil des einen der Nachteile eines andern ist und zwar exakt komplementär, da es bei einem solchen »Spiel« zwar um hohe Einsätze gehen kann, diese jedoch nicht durch das Spiel selbst vermehrt werden können. Dies wäre nur bei einem »Plussummenspiel« möglich, in dem die »Konkurrenzbedingungen« eher »Symmetriebedingungen« weichen, da angesichts der Gefahr, den im Spiel selbst zu erwartenden Gewinnzuwachs zu verlieren, wenn einer der Beteiligten wegen zu geringer Beteiligung daran das Spiel aufgibt, alle ein Interesse daran haben, das Spiel fortzusetzen und somit bereit sind, das »Plus« aufzuteilen. – Ein Schelm, wer daran denkt, die Lohnverhandlungen der Gewerkschaften um den Anteil der Beschäftigten am Produktivitätszuwachs hätten mit »Spiel« zu tun.
- 7 Man mag darüber streiten, ob Williamson wegen seiner Wirkung oder Ronald H. Coase wegen der Idee den Rang verdienen, die Schule der Transaktionskostentheorie gegründet zu haben. In der Sache jedenfalls sind sie sich ziemlich einig.
- 8 In einem Nullsummenspiel stellt sich zumindest moralisch die Frage, ob man überhaupt noch kontrahieren soll. Anders gesagt, wenn Geschäfte nur zustande kommen, um einen Vorteil zu realisieren und dieser Vorteil aufgrund der Antezedenzbedingungen nur einseitig sein kann, dann läßt sich an solchem Treiben schwerlich unter Befolgung des Kategorischen Imperativs teilhaben.
- 9 Williamson liebt die Methode, von extremen Erscheinungen auf deren verallgemeinerbaren Kern zu schließen: »... bietet die Analyse von Extremfällen oft wichtige Fingerzeige auf das Wesentliche einer Situation« (a. a. O., S. 136).